

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Oktober 2019

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Rat: EPSCO mit Beschluss zur „Economy of Wellbeing“	1
Europäische Arbeitsbehörde hat ihre Tätigkeit aufgenommen	1
EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds.....	1
EU-Parlament: Entschließung zur Bekämpfung sozialer Ungleichheiten angenommen	2
Nachrichten aus den europäischen Staaten	2
Bulgarien: Persönliche Unterstützung für Menschen mit Behinderungen	2
Finnland: Erhöhung von Kinder- und Familienleistungen	2
Irland: Förderung für LGBTI-Jugendprojekte	2
Litauen: Kostenlose Mahlzeiten für Kinder in Vorschule und Grundschule	3
Portugal: Inklusionsleistungen auf Kinder ausgeweitet	3
Rumänien: Neues IT-System für Kinderschutz und Adoption	3
Polen: Gesetzesvorschlag zum Verbot von Sexualkunde-Unterricht	3
Lettland: Reform des Staatsbürgerschaftsrechts	4
Schweiz: Bundesrat spricht sich für eine Adoptionsentschädigung aus	3
Weitere Nachrichten	4
COFACE Families Europe und AGE Platform Europe: Aufruf an EU-ParlamentarierInnen.....	4
EPIC: Länderspezifische Empfehlungen zur Kinder- und Familienpolitik.....	4
Eurochild: Forderungen an die EU-Kommission von 21 Kinderrechtsorganisationen	5
Eurostat zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut.....	5
European Network of Ombudspersons for Children (ENOC) mit Position zu Kinderrechten in der Digitalen Welt.....	5
UNICEF-Gipfel zu kinderfreundlichen Städten	5
Berichte und Studien	6
International Network on Leave Policies and Research mit neuem Jahresbericht	6
EAPN: Beurteilung des Europäischen Semesters unter sozialen Aspekten	6
OECD Studie: frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung aus Sicht der Fachkräfte	6
Deutsch-Französischer Ministerrat stärkt Jugendbegegnungen und Zivilgesellschaft	7
European Institute for Gender Equality: Gender Equality Index 2019	7
Pew Research Center: Studie zur öffentlichen Meinung in Europa	7
Housing Europe: Bericht zum Thema Wohnraum in der EU	7
UNICEF: Bericht zur gesundheitlichen Situation der Kinder in der Welt	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Rat: EPSCO mit Beschluss zur „Economy of Wellbeing“

Die finnische Ratspräsidentschaft hat das Konzept einer Economy of Wellbeing – Wirtschaft des Wohlbefindens in die Diskussion der europäischen Sozial- und VerbraucherministerInnen eingebracht. Es setzt beim Wohlbefinden der BürgerInnen an und geht davon aus, dass dieses die Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Stabilität bildet. Zum Abschluss der Debatte haben die MinisterInnen sich auf Schlussfolgerungen geeinigt, die Kommission und Mitgliedstaaten dazu aufrufen, diese Wellbeing-Perspektive in der Konzeption zukünftiger politischer Maßnahmen einzubeziehen. Betont wurden dabei die Ziele der Gleichstellung der Geschlechter sowie des Abbaus von Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit.

- [Schlussfolgerungen des Rates zur Economy of Wellbeing](#)  

Europäische Arbeitsbehörde hat ihre Tätigkeit aufgenommen

Die Europäische Arbeitsbehörde war 2017 von Präsident Juncker ins Gespräch gebracht worden und soll zukünftig die Arbeitskräftemobilität in der EU regeln. Am 17. Oktober kam der Verwaltungsrat der Behörde aus Vertreter/innen verschiedener EU-Organe und von Europäischen Sozialpartnern zusammen. Bei diesem Treffen wurde mit den notwendigen Beschlüssen und einer Debatte zum ersten Arbeitsprogramm die Grundlage für die Arbeit der Arbeitsbehörde geschaffen. Ihre Ziele sind die Information über Rechte und Pflichten im Zusammenhang mit der europaweiten Arbeitskräftemobilität, die Verbesserung der Zusammenarbeit der Verwaltungen von Mitgliedstaaten zur Durchsetzung des EU-Rechts in diesem Bereich sowie die Schlichtung bei länderübergreifenden Auseinandersetzungen. Die Arbeitsbehörde ist ein Teil der Europäischen Säule sozialer Rechte und steht von dem Hintergrund der Entwicklung zahlreicher Rechtsvorschriften zur Regelung der verschiedenen Aspekte der Arbeitskräftemobilität. Deren Umsetzung soll mit der neuen Koordination in einer zentralen Einrichtung gewährleistet werden.

- [Website zur Europäischen Arbeitsbehörde](#) 
- [Fragen und Antworten zur Europäischen Arbeitsbehörde](#) 

EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu Maßnahmen aus dem Europäischen Sozialfonds

Die EU-Kommission ruft in einer öffentlichen Konsultation dazu auf, die Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zu bewerten. Der ESF wurde im Jahr 2014 geschaffen, um nachhaltige und qualitativ hohe Beschäftigung zu fördern und die Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU zu unterstützen. Mithilfe der Konsultation soll nun evaluiert werden, was im bisherigen Bestehen des Fonds erreicht wurde und wie Maßnahmen zukünftig gestaltet werden können, um zielgerichtet wirksam zu sein. Besonders zur Teilnahme aufgerufen sind BürgerInnen, die in ihrer Arbeit in Behörden oder Nichtregierungsorganisationen mit ESF-geförderten Maßnahmen beschäftigt waren, als Projektpartner beteiligte Organisationen wie Gemeinden oder Schulen und Personen mit Fachkenntnissen in den Bereichen Beschäftigung und Arbeitskräftemobilität. Die Konsultation läuft bis zum 06.01.2020.

- [Zur öffentlichen Konsultation über die Umsetzung des ESF](#) 

EU-Parlament: Entschließung zur Bekämpfung sozialer Ungleichheiten angenommen

Das EU-Parlament hat eine Entschließung angenommen, in der die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert werden, ihre Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte zu intensivieren. Die Mitgliedstaaten werden aufgerufen, einen Mindestlohn einzuführen und für den Fall erhöhter Arbeitslosigkeit durch ökonomische Krisen zusätzliche Finanzierungsmechanismen für die Arbeitslosenversicherung einzuführen. Von den EU-Institutionen fordert die Resolution die Einführung einer EU-Kindergarantie zur Bekämpfung von Kinderarmut und die Einführung von europäischen Maßnahmen gegen Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit. Gefordert werden zudem EU-weit koordinierte Maßnahmen zur sozialen Absicherung von freien MitarbeiterInnen digitaler Plattformen sowie eine Richtlinie zur Lohntransparenz, um die Gender Pay Gap zu schließen.

- [Entschließung des EU-Parlaments zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik](#)

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Bulgarien: Persönliche Unterstützung für Menschen mit Behinderungen

In Bulgarien ist der sogenannte Mechanismus zur persönlichen Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in Kraft getreten. Alle Menschen mit Behinderungen – auch Kinder – können nun eine persönliche Assistenz zur Bewältigung verschiedener Aufgaben im Alltag beantragen. Voraussetzung ist eine ärztliche Feststellung des individuellen Bedarfs, auf deren Grundlage Art und Umfang der Unterstützung gewährt werden.

Finnland: Erhöhung von Kinder- und Familienleistungen

In Finnland ist die Erhöhung verschiedener Leistungen im Bereich der Sozialen Sicherheit beschlossen worden, darunter auch Leistungen für Kinder und Familien. Dafür werden 10 Millionen Euro investiert, die in Programme und Angebote für Kinder und Familien sowie in die fortlaufende Bedarfsermittlung fließen sollen. Zudem soll eine integrierte Strategie für Kinder aus den Bereichen soziale Sicherheit, Gesundheit und Bildung implementiert werden. Zusätzlich werden Mittel speziell zum Ausbau von Jugendhilfeeinrichtungen und zur Unterstützung von Eltern mit Suchterkrankungen zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Finanzplanung der Regierung sollen außerdem die Qualifizierungsanforderungen für MitarbeiterInnen verschiedener Einrichtungen für Kinder und Jugendliche spezifiziert werden.

Irland: Förderung für LGBTI-Jugendprojekte

Seit Juni 2018 läuft in Irland die Nationale LGBTI-Jugendstrategie, die dazu beitragen soll, für junge Menschen diverser sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten ein sicheres, unterstützendes und inklusives Umfeld zu schaffen. Im Rahmen dieser Strategie wurde nun die Förderung von Projekten der Jugendarbeit speziell für lesbische, schwule, bi-, trans-, und intersexuelle Jugendliche bekannt gegeben. Gefördert werden dabei verschiedene Angebote wie Familienzentren, Einrichtungen für sexuelle Gesundheit, Therapie- und Beratungsangebote und weitere.

Portugal: Inklusionsleistungen auf Kinder ausgeweitet

Menschen mit Behinderungen haben in Portugal das Recht auf Leistungen aus der Beihilfe zur sozialen Inklusion. Bislang galt der Anspruch nur für Erwachsene, er wurde nun ab dem 01. Oktober auf Kinder ausgeweitet und gilt von Geburt an. Alle Menschen mit einem Behinderungsgrad von mindestens 60% können die monatlichen Unterstützungsleistungen beantragen. Kinder unter 18 erhalten unabhängig vom Haushaltseinkommen die Hälfte des Grundbetrags für Erwachsene, Kinder von Alleinerziehenden 85% des vollen Betrags. Mit der Ausweitung der Leistungen aus der Beihilfe auf Kinder und Jugendliche soll sichergestellt werden, dass Inklusion bereits in jenem Lebensalter möglich wird, in dem Bildungs- und Ausbildungsentscheidungen getroffen werden und das entscheidend auf die Inklusion im Erwachsenenalter einwirkt.

Rumänien: Neues IT-System für Kinderschutz und Adoption

Die rumänische Regierung hat die Entwicklung eines Informationssystems für Kinderschutz und den Adoptionsprozess beschlossen. Es soll die administrativen Verfahren im Bereich Kinderschutz und Adoption vereinfachen. Es soll Zugang zu allen relevanten Informationen und benötigten Formularen für Anträge in diesem Bereich zur Verfügung stellen, Online-Kommunikation mit den zuständigen Behörden sowie das digitale Einreichen von Formularen ermöglichen. Außerdem soll das Erstellen einer digitalen Akte für jedes Kind ermöglicht werden, sodass Informationen zu allen Phasen von Adoptionsprozessen abgerufen werden können. Das IT-System soll zu einer besseren Koordination aller Verfahren rund um Kinderschutz und Adoption und damit zur Gewährleistung des Kindeswohls beitragen.

Polen: Gesetzesvorschlag zum Verbot von Sexualkunde-Unterricht

Die Regierungspartei Polens PiS plant ein Gesetz, das Sexualkunde-Unterricht mit bis zu drei Jahren Haft bestrafen soll. Es soll in Form einer Erweiterung des Artikels zur öffentlichen Propagierung von Inhalte pädophilen Charakters umgesetzt werden. Die Regierungspartei und die Bürgerinitiative „Stop der Pädophilie“ argumentieren, dass Sexualkunde Kinder anfälliger für Pornographie, Homosexualität, Pornographie und Selbstbefriedigung mache und damit die allgemeine „sexuelle Sittenlosigkeit“ fördere.

Schweiz: Bundesrat spricht sich für eine Adoptionsentschädigung aus

Der Schweizer Bundesrat wird die parlamentarische Initiative für die Einführung einer Adoptionsentschädigung unterstützen. Darin wird ein bezahlter Urlaub von zwei Wochen für Adoptiveltern vorgeschlagen. Der Bundesrat argumentiert, dass damit die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessert und die Situation aller Eltern harmonisiert würde, nachdem das Parlament die Einführung eines zweiwöchigen Vaterschaftsurlaubs beschlossen hat.

Litauen: Kostenlose Mahlzeiten für Kinder in Vorschule und Grundschule

Im Januar 2020 beginnt Litauen mit der Einführung von kostenlosen Mittagessen für alle Kinder in Vor- und Grundschulen. Dabei sieht die Änderung des entsprechenden Sozialhilfegesetzes vor, dass das Programm in einer ersten Phase in Vorschulen und Schulen getestet wird, die sich freiwillig dazu melden. Ab September soll das Programm dann landesweit in allen Vorschulen und Schulen umgesetzt werden. Dabei sollen die Einrichtungen Art und Umfang der Verpflegung nach Bedarf ihrer Kinder selbst bestimmen. Derzeit gibt es in Litauen bereits

kostenloses Mittagessen für Kinder aus Familien mit geringen Einkommen. Die Ausweitung dieses Angebots auf alle Kinder geht auch auf Erkenntnisse zur Kindergesundheit in Litauen zurück, nach denen 6% der Kinder adipös und über 10% der Kinder untergewichtig sind. Es soll dazu beitragen, bereits in der Kindheit die Grundlage für eine gesunde Ernährung zu schaffen.

Letland: Reform des Staatsbürgerschaftsrechts

In Lettland wurde eine Reform des Staatsbürgerschaftsrechts beschlossen, die ab dem 01. Januar 2020 den Status von Neugeborenen in Lettland neu regelt. Damit wird die lettische Staatsbürgerschaft für alle in Lettland geborenen Kinder, deren Eltern in Lettland leben, zum neuen Standard. Neugeborene können auch die Staatsbürgerschaft eines anderen Landes erhalten, wenn ein oder beide Elternteile BürgerIn dieses Landes ist. Bisher gibt es in Lettland den Status einer sogenannten Nichtstaatsbürgerschaft, die aus Zeiten der Sowjetunion stammt. Diese wurde damals vor allem an RussInnen vergeben, die in großer Zahl nach Lettland migrierten. Sie wurde bisher an die nachfolgenden Generationen weitergegeben und garantiert diesen EinwohnerInnen zwar ein Aufenthaltsrecht. Andere Rechte wie zum Beispiel das Wahlrecht und die Möglichkeit in der öffentlichen Verwaltung zu arbeiten, sind aber lettischen StaatsbürgerInnen vorbehalten.

Weitere Nachrichten

COFACE Families Europe und AGE Platform Europe: Aufruf an EU-ParlamentarierInnen

Die Organisationen AGE Platform Europe und COFACE Families Europe haben einen gemeinsamen Aufruf an Mitglieder des Europäischen Parlaments veröffentlicht, in dem sie die Abgeordneten dazu aufrufen, die Gründung einer Arbeitsgruppe für demographischen Wandel und Solidarität zwischen den Generationen zu unterstützen. Sie weisen darauf hin, dass Familienformen und die Gestaltung des Älterwerdens immer diverser werden und ein gezielter Austausch notwendig ist, um die Bedürfnisse der BürgerInnen aller Altersgruppen und Lebensphasen politisch zu adressieren.

- [Aufruf von AGE und COFACE an die Mitglieder des EU-Parlaments](#)  
- [COFACE Families Europe](#) 

EPIC: Länderspezifische Empfehlungen zur Kinder- und Familienpolitik

Die European Platform for Investing in Children (EPIC) hat die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission an die Mitgliedstaaten daraufhin untersucht, welche Empfehlungen sie für Kinder- und Familienpolitik geben. Prioritäten der Empfehlungen in diesem Bereich seien in diesem Jahr die Förderung von Einrichtungen zur frühkindlichen Bildung und den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten, um mehr Müttern eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Hinsichtlich Bildung wird in einigen Ländern auch auf notwendige Maßnahmen zur gesellschaftlichen Teilhabe von Minderheiten verwiesen. EPIC hat zudem Kurzberichte erstellt, um für politische EntscheidungsträgerInnen zu verschiedenen Themen eine Übersicht zu den familienpolitischen Anforderungen zu geben.

- [European Platform for Investing in Children](#) 

Eurochild: Forderungen an die EU-Kommission von 21 Kinderrechtsorganisationen

Bei einem Treffen von 21 Mitgliedern des Netzwerks Eurochild europäischer Kinderrechtsorganisationen wurde ein öffentliches Statement zur europäischen Kinderrechtspolitik erarbeitet. Darin wird erneut (siehe [EuropaNews 09/2019](#)) die Wichtigkeit der Einrichtung eines EU-Kommissars für Kinderrechte unterstrichen. Es wird außerdem auf die Pläne einzelner Kommissare und des Parlaments zur Erarbeitung einer EU-Kindergarantie verwiesen. Eurochild betont die Expertise und Ressourcen seiner Mitgliedsorganisationen und ihren Beitrag zu diesen Zielen. Gleichzeitig wird betont, dass zivilgesellschaftliche Organisationen diese Aufgaben nicht allein bewältigen können und politische Maßnahmen ergriffen werden müssen.

- [Öffentliches Statement an die EU-Kommission von europäischen Kinderrechtsorganisationen](#) 

Eurostat zum Internationalen Tag für die Beseitigung der Armut

Seit dem Jahr 1992 ist der 17. Oktober der Internationale Tag zur Beseitigung der Armut der UN. Er wird begangen, um den Dialog über die weltweite Verbreitung von Armut weiterzuführen und über Armutsbetroffenheit zu informieren. In diesem Jahr hat Eurostat anlässlich dieses Tages neue Visualisierungen ihrer Auswertungen zur Armutsbetroffenheit in Europa veröffentlicht. Mit dem Tool kann für den EU-Durchschnitt und jeden einzelnen Mitgliedstaat die Armutsbetroffenheit einzelner Bevölkerungsgruppen Weise abgerufen werden. Aus den aktuellen Zahlen geht hervor, dass in der EU 24% der Kinder unter 18 Jahren unterhalb der Armutsgrenze leben. Am höchsten ist die Armutsbetroffenheit in Bulgarien mit 32,8% der Bevölkerung, am niedrigsten in Tschechien mit 12,2%. In Deutschland leben 18,7% der EinwohnerInnen und 17,3% der Kinder unter 18 Jahren unter der Armutsgrenze.

- [Visualisierung der Daten zu Armut in der EU von Eurostat](#) 

European Network of Ombudspersons for Children (ENOC) mit Position zu Kinderrechten in der Digitalen Welt

Das Netzwerk der Kinder-Ombudspersonen hat ein Positionspapier entwickelt, in dem es die nationalen Regierungen, und die Europäischen Institutionen dazu aufruft, die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten, damit Kinder und junge Erwachsene die Chancen der digitalen Welt in Anspruch nehmen können und dabei ihre Rechte geschützt bleiben. Die Ombudsleute beziehen sich explizit auf die UN-Kinderrechtskonventionen sowie die Richtlinien des Europarats und schlagen konkrete Maßnahmen vor. Diese beinhalten unter anderem den Zugang zu Apps zu Kinderrechten, Privatsphäre, zur Identifizierung von Fake News, den Zugang zu Fachberatung vor Ort, Zustimmungspflichten hinsichtlich der Veröffentlichung von privaten Inhalten durch Dritte.

- [Download der Position](#)

UNICEF-Gipfel zu kinderfreundlichen Städten

UNICEF hat in Kooperation mit der Stadt Köln den Internationalen Gipfel für kinderfreundliche Städte veranstaltet. Dabei kamen BürgermeisterInnen, lokalpolitisch Aktive, technische ExpertInnen und junge Menschen aus verschiedenen Ländern zusammen, um innovative Versuche zur kinderfreundlichen Umgestaltung von Städten zu diskutieren. Dabei sollten im Erfahrungsaustausch Best Practices zur lokalen Umsetzung von Kinderrechten erarbeitet werden. Der Gipfel wurde ins Leben gerufen, da das direkte Umfeld von Kindern als

wichtiger Faktor ihres Aufwachsens begriffen wird und durch die demographische Entwicklung immer mehr Kinder in Städten großwerden.

- [UNICEF Child Friendly Cities Summit](#) 

Berichte und Studien

International Network on Leave Policies and Research mit neuem Jahresbericht

Das International Network on Leave Policies and Research veröffentlicht seit 2005 jährlich eine Übersicht zu den Zeitpolitiken und den damit verbundenen wissenschaftlichen Veröffentlichungen. Die Berichte vergleichen vor allem die Elternzeiten, Mutterschutz, Väterzeiten, Kind-Krank-Zeiten sowie weitere berufsbezogene Maßnahmen und Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung. Grundlage der Berichte sind standardisierte Artikel zu den einzelnen Staaten, die von den jeweiligen nationalen Mitgliedern des Netzwerks erstellt werden.

Der Bericht 2019 berücksichtigt zwei zusätzliche Staaten (Chile und Zypern), sodass insgesamt 45 Staaten einbezogen sind.

- [Download des aktuellen Berichts](#)  

EAPN: Beurteilung des Europäischen Semesters unter sozialen Aspekten

Das European Anti-Poverty Network (EAPN) hat den Bericht zu seiner Beurteilung des Europäischen Semesters 2019 unter sozialen Gesichtspunkten veröffentlicht. Darin wird untersucht, ob das Europäische Semester 2019 den Fortschritt der sozialen Rechte und das Ziel der Armutsreduzierung bis 2020 vorangebracht hat. Im Bereich der Armutsbekämpfung habe die EU im Jahr 2019 eine Verringerung der Zahl Armutsbetroffener von fünf Millionen erreicht. Insgesamt seien jedoch weiterhin 113 Millionen Menschen in der EU von Armut betroffen, einzelne Gruppen wie Alleinerziehende, Kinder und MigrantInnen hätten erhöhte Betroffenheitsraten gegenüber dem Durchschnitt. Zudem sei die Zahl der Armen in Beschäftigungsverhältnissen rapide angestiegen, die Schere zwischen Arm und Reich hätte sich durchschnittlich vergrößert und in drei Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien, Estland) seien über ein Drittel der Bevölkerung von Armut betroffen. Empfehlungen des Berichts lauten dementsprechend, das Europäische Semester müsse die Verbesserung der Lebensumstände der BürgerInnen und nicht nur das Wirtschaftswachstum priorisieren.

- [Is The 2019 European Semester More Social?](#)  

OECD Studie: frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung aus Sicht der Fachkräfte

Die OECD hat die Studie „Providing Quality Early Childhood Education and Care“ vorgestellt. Grundlage ist die Befragung von ca. 15.000 pädagogischen Fachkräften sowie von knapp 3.000 Führungskräften in Deutschland, Chile, Dänemark, Island, Israel, Japan, Korea, Norwegen und der Türkei. Deutschlands Fachkräfte in der Kinderbetreuung sind demnach vergleichsweise gut für ihre Arbeit ausgebildet. Sie würden jedoch weiteren Bedarf für mehr Weiterbildung sehen, um besonderen Anforderungen gerecht zu werden. Dazu gehöre der Umgang mit Kindern mit besonderem Förderbedarf sowie mit Kindern, die zu Hause kein oder kaum Deutsch sprechen. Zudem wünschten sich die Fachkräfte mehr gesellschaftliche Anerkennung für ihre Arbeit. Die Studie

stellt außerdem fest, dass Leitungskräfte häufig ihre Tätigkeit ausüben würden, ohne für die Verwaltung oder Teamleitung in einer Kinderbetreuungseinrichtung ausgebildet worden zu sein.

- [Vollständiger Bericht](#)
- [Ländernotiz für Deutschland](#) 

Deutsch-Französischer Ministerrat stärkt Jugendbegegnungen und Zivilgesellschaft

Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs haben das Deutsch-Französische Jugendwerk (DFJW) mit einem zusätzlichen Budget von 4 Millionen Euro für Jugendbegegnungen ausgestattet. Ab 2020 wird das DFJW zudem einen deutsch-französischen Bürgerfonds aufbauen, um zivilgesellschaftliche Bürgerinitiativen und Städtepartnerschaften zu fördern. Das DFJW wurde 1963 mit dem Élysée-Vertrag gegründet und hat bislang ca. 9.250.000 junge Menschen unterstützt, an den deutsch-französischen Begegnungen teilzunehmen.

European Institute for Gender Equality: Gender Equality Index 2019

Der Gender Equality Index des European Institute for Gender Equality gibt jährlich vergleichbare Informationen über den Fortschritt zur Gleichstellung der Geschlechter in den Bereich Arbeit, Geld, Wissen, Einfluss, Zeit und Gesundheit. Der durchschnittliche Index beträgt über alle diese Bereiche in diesem Jahr 67,4 von 100. Im Vergleich der EU-Staaten zeigt sich, dass Dänemark mit einem Indexwert von 83,6 das Land mit den geringsten Geschlechterungleichheiten ist, Griechenland (51,2) und Ungarn (51,9) die Mitgliedstaaten mit den höchsten Geschlechterungleichheiten sind. Als Fokus der Untersuchung wurde in diesem Jahr das Thema Work-Life-Balance gewählt, passend zum entsprechend verabschiedeten Gesetzespaket der EU. Dargestellt wird, dass 34% der Frauen und 23% der Männer zwischen 20 und 49 Jahren keinen Zugang zu Elternzeit haben. Gründe dafür können der Beschäftigungsstatus, ein Migrationshintergrund oder der Familienstand sein.

- [Der Gender Equality Index 2019](#)  
- [Website des Index zur Übersicht](#) 

Pew Research Center: Studie zur öffentlichen Meinung in Europa

In einer Studie zu verschiedenen Aspekten der öffentlichen Meinung in Europa nimmt das Pew Research Center den Fall des Eisernen Vorhangs vor dreißig Jahren zum Anlass, die Einstellungen von osteuropäischen BürgerInnen zu Demokratie und Marktwirtschaft in den Fokus zu nehmen. Insgesamt zeigt sich ein positives Bild zu den Veränderungen. Die Zustimmung zu den Veränderungen im Wirtschafts- und politischen System reichen von 43 Prozent in Russland bis 85 Prozent in Ostdeutschland und Tschechien. Weitere Kapitel widmen sich den Einstellungen zu demokratischen Werten, der Europäischen Union, der politischen Lage im nationalen Zusammenhang, zu Minderheiten, zum Geschlechterverhältnis und zu politischen Parteien.

- [European Public Opinion Three Decades After the Fall of Communism](#)  
- [Zusammenfassung der Ergebnisse auf Deutsch](#)

Housing Europe: Bericht zum Thema Wohnraum in der EU

Der aktuelle Bericht „State of Housing in the EU“ von Housing Europe kommt zu dem Schluss, dass die Krise des Wohnraums in Europa weiterhin anhält. Ausgewertet werden Europäische Trends zum Thema Wohnraum und



politische Entwicklungen in der Steuerung des Wohnungsmarktes. Zudem werden detaillierte Profile zu den einzelnen Staaten erstellt, um eine europaweite Vergleichbarkeit zu erzielen. Der aktuelle Bericht verdeutlicht, dass Städte weiterhin die wichtigsten politischen Arenen zum Thema Wohnraum sind, da dort der Markt für Wohnraum besonders eng ist. Dementsprechend würden auch Akteure wie Genossenschaften und städtische Wohnungsbaugesellschaften immer zentraler, da sie nicht profitorientiert arbeiteten und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen.

- [The State of Housing in the EU 2019](#) 

UNICEF: Bericht zur gesundheitlichen Situation der Kinder in der Welt

Der Bericht zur Situation der Kinder in der Welt wurde anlässlich des Welternährungstags vorgestellt und verweist auf gesundheitliche Einschränkungen von Kindern weltweit im Zusammenhang mit Mangel- oder Fehlernährung. So seien mehr als 200 Millionen Kinder weltweit – mindestens jede dritte Kind unter fünf Jahren – entweder unterernährt oder übergewichtig. Fast zwei Drittel der Kinder zwischen sechs Monaten und zwei Jahren erhielte nicht ausreichend der benötigten Lebensmittel, um ihre geistige und körperliche Entwicklung zu fördern. Dies könne zu Entwicklungsstörungen, geschwächtem Immunsystem und damit zu Infektionskrankheiten und sogar zum Tod führen. Eine Herausforderung sei es nicht nur, das Kinder genug, sondern auch dass sie das Richtige zu essen bekämen. Nicht nur Hunger, sondern auch Fehlernährung mit der Folge starken Übergewichts sei ein zunehmendes Problem, auch in Staaten mit niedrigen und mittleren durchschnittlichen Einkommen. UNICEF fordert Aufklärung für Kinder und Familien, Anreize für Lebensmittelhersteller, gesunde Lebensmittel bezahlbar anzubieten und Hilfen zur Orientierung für KonsumentInnen wie verständliche Labels.

- [UNICEF "Children, Food and Nutrition 2019"](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
12. Nov. 2019 Brüssel, Belgien	New Role Models for Societies in Europe	EESC
13. Nov. 2019 Brüssel, Belgien	Employment of persons with disabilities: how can we change society's view	EESC
14. Nov 2019 Brüssel, Belgien	Towards No Child Poverty in Europe 2030	Eurochild & Bertelsmann Stiftung
15.-17. Nov. 2019 Rom, Italien	Refugee and Migrant Children and Families Preserving family life through hard challenges	International Commission on Family and Couple Relations
19. Nov 2019	Building Resilience in Vulnerable Children	OECD

Paris, Frankreich		
20. Nov. 2019 Brüssel, Belgien	Celebrating 30 Years of the Convention on the Rights of the Child	Eurochild
22.-23. Nov 2019 Amiens, Frankreich	Extraordinary General Assembly EYF	European Youth Forum
1. - 4. Sept 2020 Zürich, Schweiz	16. Internationale Konferenz der EUSARF (European Scientific Association for Residential and Family Care for Children and Adolescents): The perspective of the child	EUSARF

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und ist in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin · Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

